

# **Stellungnahmen der Landesregierung Rheinland-Pfalz zu den Empfehlungen des IPR vom 5. Februar 2021**

## **1. Den Abbau von Hemmnissen für die Zusammenarbeit und die Mobilität von Grenzgängern in der Großregion (*Beitrag: MWVLW*)**

Vonseiten der rheinland-pfälzischen Ministerien gibt es keine Anmerkungen zu der Resolution.

## **2. Flughäfen in der Großregion – Herausforderungen meistern, Gemeinsamkeiten stärken, grenzüberschreitend kooperieren (*Beitrag: MWVLW*)**

### Hintergrund

In seiner am 05.02.2021 verabschiedeten Empfehlung zu Flughäfen in der Großregion greift der Internationale Parlamentarierrat (IPR) vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und deren massiven Auswirkungen auf die Luftverkehrswirtschaft die Aktualisierung der „Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughafen und Luftverkehrsgesellschaften“<sup>1</sup> (im Folgenden „Leitlinien“) auf. Angesichts der gegenwärtigen Verwerfungen fordert der IPR insbesondere eine Verlängerung der Leitlinien durch die EU-Kommission. Zudem sollen die Leitlinien aus Sicht des IPR zukünftig regionalwirtschaftlichen Effekten stärkere Bedeutung beimessen. Darüber soll u.a. Raum für die Erforschung klimaschonender Technologien im Luftverkehr geschaffen werden. Der IPR empfiehlt des Weiteren eine Prüfung des Ausbaus des Schienennetzes zwischen den Flughäfen der Großregion und betont die Bereitschaft der Beteiligten, Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Flughäfen auszuloten.

### Wesentlicher Inhalt der Leitlinien

Die Leitlinien sind 2014 erlassen worden. Erklärte Ziele der Kommission waren:

---

<sup>1</sup> ABl. EU C 99 vom 04.04.2014, S. 3 ff.

- die Schaffung klarer Regeln für die Gewährung von Investitionsbeihilfen an Betreiber von Flugplätzen und Fluggesellschaften und
- die Gewährung eines Übergangszeitraums von zehn Jahren, während dessen die Zahlung von Betriebsbeihilfen an kleinere und Regionalflughäfen (mit bis zu 3 Mio. Fluggästen im Jahr) zulässig bleibt, mit dem Ziel, die Betreiber in die Lage zu versetzen, ab 2024 ohne Betriebsbeihilfen auszukommen.

Mit der Verordnung (EU) 2017/1084 wurden wesentliche Inhalte der Leitlinien in die sog. Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014, „AGVO“) übernommen, deren Geltungsdauer derzeit bis zum 31.12.2023 beschränkt ist. Investitionsbeihilfen für Regionalflughäfen sind danach bei Einhaltung bestimmter Vorgaben ohne Anmeldung (Notifizierung) bei der Kommission zulässig. Für kleine Flughäfen (max. 200.000 Fluggäste pro Jahr) sind nach näherer Maßgabe der AGVO auch Betriebsbeihilfen ohne Notifizierung zulässig.

Die Evaluation der Leitlinien und der AGVO dauert noch an. Die Bundesregierung hat sich bei der Kommission für eine Verlängerung der Übergangsfrist eingesetzt, da die diese den Besonderheiten der letzten Zeit, insbesondere den Corona-Folgen, nicht hinreichend gerecht werde.<sup>2</sup> Bereits angekündigt hat die Kommission, dass umweltpolitische Zielsetzungen bei der Überarbeitung eine Rolle spielen werden.

### Flughäfen der Großregion

Gemessen an den Passagierzahlen befinden sich drei mittelgroße (Brüssel-Charleroi, Luxemburg und Frankfurt-Hahn) sowie drei kleinere Flughäfen (Saarbrücken, Metz-Nancy-Lothringen und Lüttich) in der Großregion.<sup>3</sup> Diese Flughäfen sind einem harten Wettbewerb ausgesetzt und stehen insbesondere im Fall von Frankfurt-Hahn und Luxemburg aufgrund der räumlichen Nähe auch untereinander in Konkurrenz. Starke Überschneidungen bestehen etwa im Passagierbereich, da Charleroi, Luxemburg und Hahn jeweils vorwiegend von sog. „Billigfliegern“ angefliegen werden und keine Langstreckenverbindungen angeboten werden. Auch im Frachtbereich konkurrieren die Flughäfen. So zählen Lüttich und Luxemburg zu den größten Frachtflughäfen Europas und auch Frankfurt-Hahn hat sich in Deutschland in den letzten Jahren zu einem der

---

<sup>2</sup> Vgl. BT-Drucksache 19/22063, S. 2.

<sup>3</sup> Der Flughafen Épinal-Mirecourt kann außer Betracht bleiben, da dort kaum Verkehr stattfindet.

größten Frachtflughäfen entwickelt.<sup>4</sup> Konkurrenzsituation und räumliche Nähe haben ein Bündnis unter Beteiligung u.a. des Verkehrsclubs Deutschland und des BUND Saar im Vorgriff auf die Beschlüsse des IPR veranlasst, die Schließung aller Flughäfen der Großregion außer Luxemburg zu fordern.<sup>5</sup>

### Bedeutung für Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz erhält insbesondere die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG) im Rahmen der Leitlinien noch Betriebs- und Investitionsbeihilfen.<sup>6</sup> Zwar hat zuletzt auch die Mehrheitsgesellschafterin der FFHG, die HNA Airport Group GmbH, die Liquidität der FFHG sichergestellt. Der HNA-Konzern ist aber Presseberichten zufolge seinerseits in finanziellen Schwierigkeiten. Betriebsbeihilfen können daher künftig für die FFHG bedeutsam bleiben, da nicht klar ist, ob die bei Erlass der Leitlinien ausgegebene Zielvorgabe, nach 2024 einen eigenständigen rentablen Flugbetrieb zu gewährleisten, erreicht wird.

### Bewertung

Angesichts der vom Flughafen Frankfurt-Hahn abhängenden Arbeitsplätze und seiner Bedeutung als „Tor zur Welt“ für Rheinland-Pfalz ist es erfreulich, dass sich der IPR für den Fortbestand der gewachsenen dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur einsetzt. Gleiches gilt mit Blick auf die rheinland-pfälzischen Verkehrslandeplätze.

Die COVID-19-Pandemie bedeutete einen massiven Einschnitt für die Luftverkehrswirtschaft. Da die Flughäfen dennoch offengehalten wurden, um wichtige Verkehre abzuwickeln, erfolgten im Rahmen eines einmaligen Maßnahmenpakets von Bund und Ländern Zahlungen in Höhe von ca. 800 Mio. Euro an 15 Flughäfen, die unter § 27d Abs. 1 LuftVG fallen. Diese Vorschrift ist historisch gewachsen und umfasst Saarbrücken, nicht aber Frankfurt-Hahn. Angesichts der andauernden Auswirkungen der Pandemie auf den Luftverkehr, der mehrfachen Verlegung von Prognosen zur Erholung des Luftverkehrs in die Zukunft verlegt und der ungleichen Verteilung von Hilfszahlungen, erscheint es sinnvoll, flexible Beihilferegeln für Regionalflughäfen auch nach 2024 beizubehalten. Insofern verweist der IPR auch zurecht auf die Sinnhaftigkeit der

---

<sup>4</sup> Vgl. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Top\\_airports\\_in\\_the\\_EU\\_for\\_air\\_passengers\\_and\\_for\\_air\\_freight\\_and\\_mail,\\_2018\\_\(by\\_NUTS\\_2\\_regions\)\\_RYB20.png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Top_airports_in_the_EU_for_air_passengers_and_for_air_freight_and_mail,_2018_(by_NUTS_2_regions)_RYB20.png).

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.bund-saar.de/service/meldungen/detail/news/luxemburg-findel-als-zentraler-flughafen-fuer-die-grossregion/>.

<sup>6</sup> Federführend ist insoweit des Mdl. Aktuell ist die Auszahlung von Beihilfen ausgesetzt, da die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen mehrere Entscheidungsträger ein Ermittlungsverfahren im Hinblick auf mögliche Steuerstraftaten führt.

Beibehaltung der AGVO über 2024 hinaus, um auf Krisen angemessen reagieren zu können. Das gilt umso mehr, als im Rahmen von „Green Deal“ bzw. „Fit for 55“ für den Luftverkehrssektor beabsichtigten Maßnahmen erhebliche Finanzmittel erforderlich werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Forderung des IPR zu begrüßen, den Blick über die Beihilfenaspekte hinaus auf einen möglichen einheitlichen steuerlichen Rahmen für Sicherheit und Flugsicherung zu lenken. Denn die Belastung mit Abgaben, u.a. im Bereich Luftsicherheit, ist in der EU uneinheitlich geregelt und gerade die deutsche Luftverkehrswirtschaft ist aufgrund der im internationalen Vergleich hohen luftverkehrsspezifischen Abgaben wettbewerblich im Nachteil.<sup>7</sup>

Die vom IPR angesprochenen Möglichkeiten von Kooperationen dürften für die Flughäfen der Großregion hingegen begrenzt sein. Infrastruktur und Personal als wesentliche Kostenfaktoren sind regional verwurzelt. Vorgaben an Fluggesellschaften oder Kunden zur Nutzung bestimmter Flughäfen können aus Rechtsgründen nicht gemacht werden. Es gibt sicherlich Möglichkeiten zum Ideenaustausch, wenn es etwa um Sicherheitstechnik oder „Green Airport“-Konzepte geht. Dies erfolgt aber i.d.R. bereits über die Verbandsarbeit.

Wie der IPR zurecht betont, bieten sich gerade kleinere Flugplätze zur Erprobung neuer Technologien an, da etwa elektrisches Fliegen zunächst nur in kleinen Fluggeräten realisiert werden kann. Großflughäfen stoßen hingegen – soweit pandemiebedingte Sondereffekte außer Betracht bleiben – aufgrund ihrer hohen Auslastung im Linienverkehr an Kapazitätsgrenzen und haben dementsprechend geringes Interesse an der allgemeinen Luftfahrt. Auch die Entwicklung von sog. Flugtaxis – denen nach verbreiteter Einschätzung für Mitte des Jahrzehnts die Marktreife vorhergesagt wird – bietet Potenziale für die Erprobung und ggf. auch Anbindung bei kleineren Flughäfen. Im Koalitionsvertrag 2021 spricht sich die Landesregierung für die Nutzung rheinland-pfälzischer Flugplätze als Testfelder zur Erprobung neuer Technologien zur CO<sub>2</sub>-Reduktion aus. Technologien, die den Weg zu einem klimafreundlicheren Luftverkehr weisen, werden staatlicher Finanzierung bedürfen, für die das Beihilferecht einen angemessenen Rahmen bieten muss.

Schließlich deckt sich auch die Empfehlung des IPR zur Prüfung der Möglichkeiten von Schienenanbindungen der Flughäfen in der Region mit dem Festhalten an der Reaktivierung der Hunsrückquerbahn im Koalitionsvertrag 2021.

---

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.bdl.aero/de/themen-positionen/fairer-wettbewerb/luftsicherheitskosten/>.

## Etwaige Stellungnahme

Die Forderungen und Empfehlungen des IPR sind aus der Perspektive des Luftverkehrs in Rheinland-Pfalz nicht zu beanstanden. Eine Stellungnahme der Landesregierung erscheint nicht als zwingend notwendig. Sofern eine Stellungnahme beabsichtigt ist, kann wie folgt formuliert werden:

„Die Landesregierung unterstützt die auf der 65. Plenarsitzung des IPR verabschiedeten Forderungen zur Aktualisierung der Flughafen-Leitlinien. Eine dezentrale Luftverkehrsinfrastruktur ist für die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und die Anbindung der Unternehmen in der Großregion unerlässlich. Die Umsetzung der Klimaschutzziele im Luftverkehrsbereich kann nur im Zusammenwirken privater und staatlicher Akteure gelingen. Um Mobilität und Marktzugang in der Großregion im Einklang mit den Klimaschutzzielen der EU zu gewährleisten, bedarf es eines angemessenen Rechtsrahmens, gerade auch im Beihilfenrecht.“

### **3. Saarbahnverkehr (Tram-Train) zwischen Saarbrücken und Sarreguemines**

Vonseiten der rheinland-pfälzischen Ministerien gibt es keine Anmerkungen zu der Resolution.

### **4. Streuobstwiesen in der Großregion (*Beitrag: MUEEF*)**

Der Lebensraum Streuobst ist eine besondere Bereicherung der Kulturlandschaft und trägt wesentlich zur Biotopvernetzung bei. Streuobstwiesen sind Teil unserer bäuerlichen Kulturlandschaft, Hort alter Obstsorten und insbesondere auch Lebensraum für bedrohte Arten. Sie sind wahre Hot-Spots der Biodiversität: Über 3.000 Arten – insbesondere Vögel und Insekten – finden Lebensraum in diesem vielfältigen Biotop. Streuobstwiesen stellen darüber hinaus ein unschätzbares Reservoir an genetischer und kultureller Vielfalt dar. Die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats die Streuobstwiesen in der Großregion betreffend, können wir aus rheinland-pfälzischer Sicht also nur unterstützen. In Rheinland-Pfalz wurde die Bedeutung der Streuobstwiesen bereits Mitte der 80er Jahre erkannt und Förderprogramme gestartet, die bis heute weitergeführt und weiterentwickelt werden. So werden im Vertragsnaturschutz der Erhalt und die

Pflege von Streuobstwiesen als artenreicher Lebensraum gefördert. Im Rahmen unserer „Aktion Grün“, dem Aktionsprogramm zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie in Rheinland-Pfalz, werden derzeit zusätzlich zahlreiche Aktivitäten im Bereich Streuobst finanziert, die auch andere Aspekte wie die regionale Vermarktung oder Umweltbildungsaspekte zum Inhalt haben und an denen man auch in der Großregion anknüpfen könnte. Eine besondere Aktivität in diesem Rahmen stellt das Modellvorhaben „Kampagne Streuobst in der Pfalz – Obstgenuss von Streuobstwiesen generationsübergreifend erleben“ des Landfrauenverbands Pfalz e. V. dar, bei dem über Bildungsveranstaltungen mit Erwachsenen und an Schulen sowie KiTas für die Streuobstnutzung sensibilisiert wird.

***(Beitrag: MWVLW)***

Die Streuobstwiesen in der obigen Großregion sind landschaftsgestaltende Habitate, die die Region schon immer geprägt haben. Seit 2013 hat die Landesregierung ein amtliches Berater-Netzwerk zur fachlichen Betreuung und Unterstützung der Streuobst-Aktivitäten aufgebaut, deren Federführung das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz mit der Außenstelle in Klein-Altendorf innehat. Eine grenzüberschreitende Beratung der Obstbaubetriebe einschließlich der Streuobstflächen war über eine Beratungskraft am Standort Trier bis 2019 gewährleistet. Aktuell gibt es Verhandlungen mit der „Arbeitsgemeinschaft Integrierter Obstanbau Rheinland-Pfalz e.V. (Agio)“ sowie der „Administration des services techniques de l'agriculture (ASTA)“ in Luxemburg, inwieweit eine grenzüberschreitende Beratung von Obstbaubetrieben mit Streuobstwiesen fortgeführt werden kann. Rheinland-Pfalz fördert über den Vertragsnaturschutz Streuobst die Neuanlage und Altbestände von Streuobstflächen. 2020 wurden 718 ha mit einem Gesamtvolumen von 0,21 Mio € gefördert.

**5. Weiterentwicklung der gemeinsamen Gedenkarbeit in der Großregion  
(Beitrag: MUEEF, BM, MWWK)**

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Gedenkarbeit in der Großregion nachdrücklich. Das Umweltministerium sieht hier den ehemaligen Westwall als wichtigen Erinnerungsort und Lernort für die heutige Demokratie in der Großregion. Insbesondere in der Empfehlung, Jugendliche zu

adressieren, sehen wir eine Möglichkeit, unsere Bildungsarbeit am ehem. Westwall weiterzuentwickeln.

## **Bildungsarbeit am ehemaligen Westwall**

Hintergrund: Die Landesregierung will die Westwallruinen erhalten, als Mahnmal gegen die NS-Verbrechen. Zugleich soll ein einzigartiger Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere zu einem Biotopverbund, zum „Grünen Band“, entwickelt werden. Dazu hat das Land die in Rheinland-Pfalz vorhandenen Anlagen 2014 vom Bund übernommen und die Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmal ehemaliger Westwall“ errichtet. Unsere Naturschutz- und Erinnerungsarbeit am ehemaligen Westwall ist für uns zwingend mit politischer Bildung und der Prävention gegen Rechtsextremismus zu verknüpfen. Dazu haben Umweltministerium und LZU bereits 2011 die Initiative „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ gestartet.

Die Initiative umfasst neben einer Reihe von Materialien das jährliche grenzübergreifende Jugendcamp „Naturschutz gegen Rechtsextremismus – Neues Denken am ehemaligen Westwall. Die Werkstatt“. Seit 2014 diskutieren im Camp Jugendliche aus Deutschland und Frankreich mit Historikern, Aussteigern aus der rechten Szene sowie Experten der politischen Bildung und des Naturschutzes. Gemeinsam erarbeiten sie Argumente gegen rechtsextreme Aussagen zum Naturschutz. Das Jugendcamp trägt dazu bei, eine Zivilgesellschaft zu bilden, die die Gefahren des Rechtsextremismus erkennt und sich für eine starke Demokratie einsetzt.

Das Jugendcamp ist ein Leuchtturmprojekt im Rahmen der Landeskampagne „Miteinander Gut Leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“. Zudem ist es Vorlage für ein Modellprojekt des Dachverbandes Förderverein Ökologische Freiwilligendienste im Rahmen des „Bundesprogramms Demokratie leben!“.

Es könnte auch ein Baustein zur grenzüberschreitenden Gedenkarbeit in der Großregion werden. Als Perspektive für eine gemeinsame Gedenkarbeit in der Großregion bietet es sich an, vorhandene Erinnerungsorte wie den ehemaligen Westwall als demokratie- und friedenspädagogische Lernorte einzubeziehen.

Das Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats „Weiterentwicklung der gemeinsamen Gedenkarbeit in der Großregion" vom 5. Februar 2021.

Für den Bereich der schulischen Bildung sind die Empfehlungen a) bis d) von besonderem Belang.

- a) Die Nutzung von neuen Medien auszuweiten, um insbesondere jungen Menschen in der Großregion das Gedenken an zentrale geschichtliche Ereignisse näherzubringen

Die seit dem Jahr 2018 im Auftrag des Ministeriums für Bildung neu auf- und sukzessive weiter ausgebauten „Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen“ sowie das Referat „Europäische und internationale Kooperation“ am Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz arbeiten mit der Universität sowie Hochschule Trier im Rahmen des Projekts „Erinnerungsatlas der Großregion“ zusammen, auch um dieses ausdifferenzierte digitale Angebot für schulische Zwecke und großregionale Kooperationen breit nutzbar gestalten zu können.

Die Koordinierungsstelle und das Europa-Fachreferat des Pädagogischen Landesinstituts beteiligen sich ebenfalls an der Entwicklung der App „Spurensuche“ im Rahmen des gleichnamigen, großregional ausgerichteten Projekts und des Seminars „Spuren suchen und Spuren hinterlassen. Eine deutsch-französische Schulpartnerschaft auf grenzübergreifender Spurensuche in der europäischen Demokratiegeschichte“. Begleitende Lehrkräftefortbildungen werden im Juli und September 2021 stattfinden.

Zudem enthält das breitgestaffelte Internetangebot der erwähnten Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit konkrete (grenzüberschreitende) Übersichten zu geeigneten Lernorten und Umsetzungshilfen sowie curricular anschlussfähige digitale Lernsettings für die unterrichtliche Förderung der erinnerungskulturellen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Der schrittweise in Rheinland-Pfalz auszurollende Schulcampus wird ebenfalls Möglichkeiten für Schulen bieten, auf digitale Ressourcen für die Unterrichtsgestaltung und Vernetzung in Angelegenheiten der Gedenkkultur zurückzugreifen.

- b) Demokratiepädagogische Angebote für junge Menschen und Lehrende mehrsprachig entwickeln und verbreiten, wie dies teils bereits geschieht, um sie in der ganzen Großregion nutzbar zu machen

Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet das im Zeitraum 2016 bis 2022 angelegte Bildungsprojekt „SESAM'GR – LERNEN IN DER GROSSREGION“

Über 20 Partner aus dem formalen und non-formalen Bildungsbereich aus allen sechs Regionen der Großregion und sechs verschiedene Bildungssysteme bilden gemeinsam das größte schulische Bildungsprojekt in EU-Europa mit



einem Gesamtbudget in Höhe von 7,28 Mio. Euro unter Beteiligung von INTERREG. SESAM'GR möchte durch die Entwicklung neuer Fortbildungsformate für Pädagogen, durch innovative grenzübergreifende Projekte für Jugendliche sowie durch moderne pädagogische Materialien tatkräftig die Entwicklung hin zu einer demokratischen Kultur stärken und stützen. Die Zielgruppen des Projektes sind Erzieherinnen und Erzieher, Sprachkräfte sowie interkulturelle Fachkräfte in den Kindertagesstätten, Lehrerinnen und Lehrer, pädagogisches Fachpersonal, Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen der non-formalen Bildung in der Großregion. Im Kern geht es darum, Jugendliche stark zu machen, damit sie ihr Leben als aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verantwortungsbewusst gestalten können. Ein Themenschwerpunkt liegt im Bereich Demokratiebildung und interkulturelles Lernen auf der Basis des Europäischen Referenzrahmens „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ des Europarates. Angeboten werden Fortbildungsmodule zur Demokratieerziehung, didaktische Materialien in deutscher und französischer Sprache, eine entsprechende Homepage und die Fortbildungsreihe „Lehren im Kontext einer Vielfalt von Überzeugungen“. Als Förderer ist das Ministerium für Bildung und auf der operativen Ebene das Pädagogische Landesinstitut beteiligt.

Inspiration und Impulse für den europäischen, mehrsprachigen Dialog zwischen Schülerinnen und Schülern geben die inzwischen 77 Europaschulen in Rheinland-Pfalz. Im Schuljahr 2014/2015 wurde das Zertifikat „Europaschule des Landes Rheinland-Pfalz“ zum ersten Mal vergeben. Europaschulen fördern interkulturelle und demokratiebildende Lernprozesse in besonderer Weise. Die in Corona-Zeiten vermehrt geübte Praxis des virtuellen Austausches auch mit Partnern in der Großregion sorgt für den kontinuierlichen Dialog. Weitere schulische Netzwerke in Rheinland-Pfalz wie jenes der „UNESCO-Projektschulen“ oder der „Modellschulen für Demokratie und Partizipation“ verfügen ebenfalls über wertvolle Erfahrungen bei der Etablierung demokratischer Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die für entsprechende gemeinsame Projekte von Schulen in der Großregion gezielter genutzt werden könnten.

Die seit einigen Jahren durch das Ministerium für Bildung ausgeweitete finanzielle Förderung von schulischen Projekten zur Gedenkarbeit hat u. a. dazu geführt, dass sich Schulen in Rheinland-Pfalz auf den Weg gemacht haben, ebenfalls Perspektiven und Stimmen aus der Großregion mit einzubinden. Beispielhaft kann auf das bilinguale Zeitzeugenprojekt „enfant de guerre“ des Mainzer Otto-Schott-Gymnasiums (2019) verwiesen werden.

- c) Durch Besuche von Schülergruppen unterschiedlicher Teilregionen an Gedenkorten ein gemeinsames Lernen und Verstehen zu ermöglichen

Hier kann als ein Beispiel für die wirksame Auseinandersetzung mit Fragen des gemeinsamen Erinnerns das in den Jahren 1996 bis 2016 durchgeführte „Deutsch-französische Schülerzeitungsseminar“ als Kooperationsangebot von Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Rheinland-Pfalz, herangezogen werden. Französische und deutsche Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 15 und 18 Jahren besuchten Verdun, Fort Douaumont, Fleury, die Friedhöfe und Museen, recherchierten vor Ort, erarbeiteten Dossiers unter Verwendung unterschiedlicher Textsorten und multimedialer Präsentationsmöglichkeiten und erstellten schließlich ein gemeinsames Druckprodukt.

Die Förder-, Beratungs- und Informationsangebote der Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit am Pädagogischen Landesinstitut sollen explizit auch einen Beitrag dazu leisten, Gedenk- und Lernorte in der Großregion mit ihren jeweiligen pädagogischen Profilen sichtbar zu machen und umfassender in den Blick zu nehmen und dabei vermehrt auch den Austausch mit Klassen und Kursen aus den verschiedenen Teilregionen zu suchen. Entwickelt wird derzeit ein Netzwerk für schulische Gedenkkultur, um den Austausch zwischen Lehrkräften über Good Practice-Beispiele entsprechender Vorhaben intensivieren zu können. Vorstellbar wäre es, dieses Netzwerk auch großregional zu erweitern.

- d) Erkenntnisse aktueller Forschung in die Entwicklung der Bildungsangebote einbeziehen

Zentrales Vehikel dafür, neuere Erkenntnisse der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Forschung für die schulische Praxis nutzbar zu machen, ist ein bedarfsgerechtes und qualifiziertes Fortbildungs- und Lernmaterialangebot für Lehrkräfte. In den letzten Jahren wurden und auch in diesem Jahr werden wiederum Seminare und Tagungen, nun Corona-bedingt, sehr häufig in einem digitalen Rahmen durch das Pädagogische Landesinstitut, aber auch das Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (ILF) und das Erziehungswissenschaftliche Fort- und Weiterbildungsinstitut der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI) gerade zu aktuellen Fragen der Geschichtskultur und Demokratiebildung entwickelt: Sehr viel positive Resonanz fand beispielsweise die am 9. Dezember 2020 angebotene E-Session „Ein Geschichtsbuch für Europa? Die Diskussion des Europagedankens in Wissenschaft und Bildung auf den Speyrer Konferenzen 1948 bis 1950“ als Kooperationsveranstaltung des Pädagogischen

Landesinstituts mit dem Institut für europäische Geschichte und dem Zentrum für Frankophoniestudien der JGU Mainz. Am 28. September 2021 wird die „Diskussion um die Abtretung von Eupen und Malmédy nach dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Presse“ rheinland-pfälzische und ostbelgische Lehrkräfte zusammenführen. In diesem Jahr beginnt ebenfalls die Arbeit an der später gedruckt und digital bereitzustellenden Lehrkräfte-Handreichung zur Geschichte des Westwalls. Sie wird multinationale Sichtweisen und Zugänge sowie vielfältige didaktische Anregungen für den Unterricht in verschiedenen Fächern und Regionen enthalten.

Auch das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats „Weiterentwicklung der gemeinsamen Gedenkarbeit in der Großregion“ vom 5. Februar 2021,

- a) die Nutzung von neuen Medien auszuweiten, um insbesondere jungen Menschen in der Großregion das Gedenken an zentrale geschichtliche Ereignisse näherzubringen.

Während der Zeit der pandemiebedingten Schließung der Gedenkstätten wurden verstärkt digitale Ansätze weiterentwickelt und neue Angebote erstellt. Die Gedenkstätte in Hinzert überarbeitete den bereits existierenden „aktivierten Rundgang“, ein zusätzliches pädagogisches Angebot für alle Schul- und Jugendgruppen.

Im Gegensatz zu einer üblichen Führung bereiten die Schülerinnen und Schüler hierbei verschiedene Aspekte der Lagergeschichte im Unterricht vor und gestalten den Rundgang in der Gedenkstätte weitestgehend selbstständig. Eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter der Gedenkstätte begleitet die Jugendlichen während des Rundganges und steht für weitere Fragen zur Verfügung. Die für die Vorbereitung im Unterricht notwendigen Quellen und Materialien können online im Klassenzimmer auf PC, Tablet oder auch Smartphone abgerufen werden. Es gibt neben historischen Quellen auch Audio-Dateien, die von professionellen Schauspielern eingesprochen wurden. Inzwischen wurde noch ein zweiter Rundgang für die bei der Gedenkstätte in Hinzert gelegenen Stätten der Unmenschlichkeit im Wald erstellt, dieser ist ebenfalls unter [www.aktivierter-rundgang.de](http://www.aktivierter-rundgang.de) ins Netz gestellt. Die aktivierten Rundgänge wurden in der Zeit der Schließung der Gedenkstätte von vielen Schulen genutzt.

***„Lucien“ eine Hörspur-App (Gedenkstätte Hinzert)***

Die APP ermöglicht auditive Rundgänge über das ehemalige Häftlingslagergelände – entwickelt und produziert von der HBK Saar mit der Landeszentrale für politische Bildung. Mit Hilfe einer Smartphone-App soll es Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte ermöglicht werden, sich bei guter Witterung am und auf dem ehemaligen Lagergelände des ehemaligen SS-Sonderlagers / KZ Hinzert zu bewegen und dabei ortsbezogene Hörerlebnisse zum Geschehen in diesem Lager zu erhalten. In kleinen Geschichten an verschiedenen Stationen des früheren Häftlingslagergeländes wird den Besucherinnen und Besuchern ein emotionaler Zugang zur Geschichte des SS-Sonderlagers ermöglicht. Mit der Nacherzählung eines fiktiven Häftlingerlebnisses wird künftig bei guter Witterung ein besonderer, gerade junge Leute ansprechender Rundgang über das Gelände angeboten. Diese Häftlingsgeschichte von Lucien, einem französischen Deportierten, ist zwar fiktiv, sie beruht aber auf beschriebenen Zeitzeugenaussagen.

Darüber hinaus wurde von einer Projektgruppe der Hochschule für Musik, Saarbrücken, ein musikalisches Konzept entwickelt, das weit über eine musikalische Umrahmung der verschiedenen Stationen hinausgeht.

Dem Musiker-Team gelang es, die vielschichtigen historisch belegten Ereignisse im ehemaligen SS-Sonderlager / KZ Hinzert musikalisch zu transformieren.

Die App wird voraussichtlich noch in diesem Jahr auch auf Niederländisch verfügbar sein.

Es wird 2021 auch eine zweite App für die Begehung des ehemaligen Lagergeländes in Hinzert geben. Aus der Vogelperspektive sieht man das heutige Gelände der Gedenkstätte mit einer Überblendung einer alten Luftaufnahme von 1944. Es gibt verschiedene rot markierte Punkte auf der Karte, die man ablaufen kann. Erreicht man einen Punkt, sieht die Nutzerin bzw. der Nutzer mehrere historische Aufnahmen. Bei der Auswahl des richtigen Bildes wird der Punkt wieder grün und die Nutzerin bzw. der Nutzer erhält Zusatzinformationen zu den jeweiligen Bildern und kann sich so sukzessiv ein Bild vom ehemaligen Lager erarbeiten.

Die Gedenkstätte KZ Osthofen stellte als einen der ersten Schritte die Tonspuren des Audioguides auf die Homepage der Gedenkstätte (<https://www.gedenkstaette-osthofen-rlp.de/index.php?id=1502&L=0>). Dies erwies sich auch nach der Wiedereröffnung der Gedenkstätte ab 11. Mai 2020 als sinnvoll, da aus hygienischen Gründen weiterhin keine Audioguide-Geräte an Besucherinnen und Besuchern ausgegeben werden konnten und so die

Besucherinnen und Besucher – dank mittlerweile flächendeckendem WLAN auf dem gesamten Gelände – den Audioguide mit einem eigenen Endgerät (Smartphone, Tablet) abrufen und nutzen können. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen.

Die Materialien zum Bücherkoffer „Anne Frank und all die anderen“ (Ausleihangebot mit 33 Titeln Jugendliteratur zum Thema Nationalsozialismus), der im vergangenen Jahr komplett überarbeitet wurde, wurden digitalisiert und als Download auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Die Downloads enthalten Vorschläge zum handlungsorientierten Umgang mit den Jugendbüchern. Die meisten Arbeitsblätter stammen aus dem Deutsch-Unterricht einer 8. Gymnasialklasse, können aber auch als „Baukasten“ für jede andere Art der Arbeit mit Jugendlichen genutzt werden.

Für den 3. Mai 2020 war ursprünglich eine öffentliche Führung zum Thema „Gewerkschafter im KZ Osthofen“ geplant. Um diese nicht auch wieder ausfallen zu lassen, wurde ein Konzept für eine verkürzte Online-Führung zu diesem Thema erarbeitet. Die Führung „live“ im Internet durchzuführen war aufgrund fehlender technischer Ausstattung und Erfahrung nicht möglich. Deshalb wurde mit den bis dahin in der Gedenkstätte vorhandenen Mitteln ein ca. 20-minütiger filmischer Rundgang vorproduziert und zu dem Zeitpunkt, an dem die Führung in der Gedenkstätte hätte stattfinden sollen, online gestellt (<https://www.youtube.com/watch?v=qkJxey3-030&feature=youtu.be>). Dieser Film wurde mittlerweile fast 300 Mal abgerufen, eine Reichweite, die bei einer „analogen“ Führung vor Ort nicht erreicht werden kann. Eine weitere Themenführung zu „Jüdischen Häftlingen im KZ Osthofen“ wurde im März 2021 fertiggestellt und ist seitdem ebenfalls online abrufbar.

Gemeinsam mit dem gesamten pädagogischen Team wurde ein Konzept für einen digitalen Rundgang durch die Gedenkstätte KZ Osthofen entwickelt. Dieser besteht aus sechs Sequenzen von jeweils rund zehn Minuten. Inhaltlich orientieren sich die Filme an den Führungen, die mit Besuchergruppen vor Ort in der Gedenkstätte KZ Osthofen durchgeführt werden. Die Guides und Freiwillige erarbeiteten Skripte zu den einzelnen Stationen, filmten und schnitten die Videos. Seit Ende September 2020 ist der „Digitale Rundgang durch die Gedenkstätte KZ Osthofen“ online (<https://www.gedenkstaetteosthofen-rlp.de/index.php?id=1549>). Er ist bisher auf sehr positive Resonanz gestoßen und wird für „digitale Besuche“ von Schulklassen und Studienseminaren genutzt. Die Filme werden ergänzt durch Begleitmaterialien zu den einzelnen Filmen in Form von Quellenmaterialien, die zum Download zur Verfügung stehen. Damit

kann künftig im Unterricht sehr gut gearbeitet werden, sollte ein Besuch der Gedenkstätte – aus welchen Gründen auch immer – nicht möglich sein. Dazu bietet die Gedenkstätte auch an, dass sich eine pädagogische Mitarbeiterin bzw. ein pädagogischer Mitarbeiter per Videochat in den Klassenraum schaltet, um für Rückfragen zur Verfügung zu stehen und mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Die neuen digitalen Angebote präsentierte die Gedenkstätte KZ Osthofen auch beim landesweiten Demokratietag am 6. November 2020

Gerade auch für Gruppen aus der Großregion, die normalerweise einen langen Anfahrtsweg in die Gedenkstätte hätten, sind diese digitalen Angebote auch über die Pandemie hinaus interessante Angebote.

Die besucherlose Zeit wurde von beiden Gedenkstätten außerdem genutzt für die Überarbeitung bereits bestehender Projekttags-Materialien sowie für das Erschließen neuer Quellen beispielsweise durch die Transkription handschriftlicher historischer Dokumente. Außerdem konnten die sozialen Netzwerke genutzt werden, um ausgefallene Aktionen zumindest ein wenig zu kompensieren. So wurde z. B. zur Woche der Meinungsfreiheit, in der in Kooperation mit der IGS Osthofen in der Gedenkstätte und im Ort Osthofen Aktionen stattfinden sollten, täglich ein Beitrag unter dem Hashtag #fürdaswortunddiefreiheit auf Instagram gepostet ([https://www.instagram.com/osthofen\\_gedenkstaette/](https://www.instagram.com/osthofen_gedenkstaette/)). In Hinzert wird es einen zusätzlichen Projekttag zum Thema Westwall geben. Die Zahl der Follower, sowohl bei Facebook als auch vor allem bei Instagram, hat sich dadurch deutlich gesteigert. Seit September 2020 ist die Gedenkstätte nun auch bei Twitter aktiv und hat seitdem über 1.000 Follower generiert.

Seit Dezember 2020 ist auch Hinzert auf Instagram vertreten und hat bereits 400 Abonnenten.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe AG Pädagogik haben die Gedenkstätten Osthofen und Hinzert Ende Januar 2021 gemeinsam beschlossen, eine PR-Aktion unter dem Motto: „Tor zu, Laptops auf – Erinnerungsarbeit jetzt auch digital“ zu starten. Beide Gedenkstätten bieten

- Online-Seminare,
- E-Learning Schulstunden,
- digitale Führungen,

- digitales Material für Lehrende und Lernende.

Dieses digitale Angebot der beiden von der LpB betriebenen Gedenkstätten richtet sich an Schul- und Jugendgruppen sowie alle Gruppen der außerschulischen Bildung, die pandemiebedingt Osthofen und Hinzert zurzeit nicht besuchen können.

Über die an der Universität Trier angesiedelte Forschungs- und Dokumentationsstelle SEAL (Strukturen und Erinnerung. Angewandte Geschichtswissenschaft und digitale Lehre) finanziert und begleitet die Landeszentrale für politische Bildung die Erstellung einer digitalen Karte für die Region Cochem-Bruttig-Treis. Über eine online abrufbare dreidimensionale Karte sollen hier die verschiedenen Orte, die zum Komplex des Lagers Cochem-Bruttig-Treis, einem Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler, gehörten, für Besucherinnen und Besucher in ihrer Bedeutung für das Lagergeschehen bekannt gemacht werden. Die mehr als 20 historisch bedeutsamen Orte liegen teilweise weit verstreut. Über die Karte und entsprechende QR-Codes an den jeweiligen Orten soll eine digitale Vernetzung ermöglicht werden. Das Projekt wurde zusammen mit der Hochschule Trier im Rahmen eines Seminars im Wintersemester 2020/21 begonnen.

Durch die mit der Universität Trier gemeinsam betriebene Forschungsstelle SEAL ist die Landeszentrale für politische Bildung auch indirekt unterstützend wirkend am Projekt „Digitaler Erinnerungsatlas der Großregion“: Das Projekt, das von Dr. Thomas Grotum (Neuere und Neueste Geschichte) und Dr. Jürgen Michael Schulz (Didaktik der Gesellschaftswissenschaften) geleitet wird, existiert seit mehreren Jahren. 2019 wurde es durch die Nikolaus Koch Stiftung Trier gefördert. Von Mai bis Dezember 2020 existierte eine Förderung unter dem Namen „Orte der Erinnerung“ in der Bundesförderung „Demokratie leben!“. Der Arbeitskreis Erinnerung der Großregion e. V. an der Universität Trier hat in diesem Kontext vier Anträge gestellt: bei den Trägern der Verbandsgemeinden Konz, Saarburg-Kell und Schweich sowie der Stadt Trier. Derzeit wird der Digitale Erinnerungsatlas der Großregion für die genannten Regionen ergänzt und jeweils eine Kooperation mit einer Schule oder einem zivilgesellschaftlichen Akteur angestrebt, der – am Beispiel von neu entwickelten didaktischen Tools (Actionbound, Handreichungen etc.) – praktische Erfahrungen sammeln soll.

Die Beispiele zeigen, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, um neben lokalen und regionalen Ereignissen auch noch für die gesamte Großregion als zentrale zu definierenden geschichtlichen Ereignissen zu gedenken.

- b) demokratiepädagogische Angebote für junge Menschen und Lehrende mehrsprachig zu entwickeln und zu verbreiten, wie dies teils bereits geschieht, um sie in der ganzen Großregion nutzbar zu machen

Die LpB verfolgt mit großem Interesse die Projekte im Bereich Demokratiebildung, die in der Großregion von den dortigen Partnern mehrsprachig angeboten werden. Hervorzuheben ist hier aktuell etwa die interaktive dreisprachige Ausstellung „Den DemokratieLabo“ aus Luxemburg. Gleichzeitig muss für den rheinland-pfälzischen Kontext jedoch konstatiert werden, dass sich Mehrsprachigkeit im Bereich der politischen Bildung – wenn überhaupt – meist auf das Englische konzentriert, ist doch der sprachliche Hintergrund ein anderer als etwa der bei den Partnerinstitutionen in Belgien und Luxemburg. Englischsprachige Veranstaltungen als zusätzlich zur deutschen Variante angebotene Optionen wurden jüngst im Rahmen des Kooperationsprojekts „Building Conversation“ (Matchbox Rhein-Neckar) durchgeführt. In performativen Gesprächsformaten geht es dabei um verschiedene Aspekte von Demokratie. Auch das in Rheinland-Pfalz etablierte Format „Dokulive“ (Ingo Espenschied), das vor allem im Kontext historisch-politischer Bildung Informationsarbeit leistet, wird gelegentlich auf Englisch oder auch Französisch präsentiert. Die LpB hat selbst überwiegend deutschsprachige Angebote im Portfolio, es bestehen aber bereits Kontakte zum FB 06 der JGU Mainz (Translationswissenschaften Germersheim) und Kooperationen auch im Bereich Demokratiebildung wären hier denkbar.

Beide Gedenkstätten der LpB bieten Führungen, Projektstage und nun auch die neu entwickelten digitalen Angebote in englischer und zum Teil auch in französischer Sprache an. Die in der Schriftenreihe „Blätter zum Land“ zu beiden Gedenkstätten erschienenen Broschüren liegen ebenfalls als Grundinformation in mehreren Sprachen vor und können zum Beispiel zur Vorbereitung eines Besuches genutzt werden. Auch große Teile der beiden Homepages sind in englischer Sprache abrufbar.

Die Audioguides in der Dauerausstellung der Gedenkstätte in Hinzert können, sobald es die Hygienebestimmungen während der Pandemie wieder zulassen, in vier Sprachen abgerufen werden: Deutsch, Englisch, Französisch und Niederländisch.

Es gibt ebenso didaktisierte Arbeitsmaterialien für ausländische Schulklassen in Englisch und Französisch.



- c) durch Besuche von Schülergruppen unterschiedlicher Teilregionen an Gedenkorten ein gemeinsames Lernen und Verstehen zu ermöglichen

Die seit Jahren regelmäßig von der Gedenkstätte SS-Sonderlager Hinzert durchgeführte deutsch-luxemburgische Schülerinnen- und Schülerbegegnung musste pandemiebedingt 2020 leider ausfallen. Für September 2021 ist eine deutsch-luxemburgische Schülerinnen- und Schülerbegegnung geplant mit Besuchen in den Gedenkstätten SS-Sonderlager / KZ Hinzert und Flossenbürg, wenn es das Pandemiegeschehen zulässt.

Im Rahmen der ersten deutsch-luxemburgische Schülerbegegnung vom 21. bis 23. Juni 2012 besuchten die Schülerinnen und Schüler aus beiden Ländern die Gedenkstätte in Hinzert und die zu ihr gehörenden Stätten der Unmenschlichkeit im umliegenden Wald. Am zweiten Tag besichtigten die Schülerinnen und Schüler die Stadt Luxemburg und nahmen dort auf Einladung der Gedenkstätte der Zwangsrekrutierten (Bahnhof Hollerich) am luxemburgischen Nationalfeiertag teil.

Am 23. und 24. Mai 2014 fand die zweite deutsch-luxemburgische Schülerbegegnung statt. Schülerinnen und Schüler aus Hermeskeil und Luxemburg setzten sich näher mit der Geschichte der Luxemburger unter deutscher Besatzung sowie des SS-Sonderlagers in Hinzert auseinander. Die Schülerinnen und Schüler nahmen an der offiziellen Feier am Mahnmal der Solidarität zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges in Luxemburg teil (4. November 2014) und trafen dort mit dem luxemburgischen Premierminister Bettel und Bundespräsident Gauck zusammen.

Eine gemeinsame Studienfahrt (23. bis 28. Mai 2015) zur Gedenkstätte in Auschwitz bildete den Abschluss der zweiten deutsch-luxemburgischen Schülerbegegnung.

An der bereits dritten deutsch-luxemburgischen Schülerbegegnung (19. bis 20. Oktober 2018) nahmen die IGS Hermeskeil und das Lycee des Garçons in Esch / Alzette teil. Nach einem Besuch in Hinzert am ersten Tag stand am zweiten Tag ein besonderer Stadtrundgang auf dem Programm mit dem Thema „Luxemburg während der NS-Zeit“.

Vom 1. bis 4. April 2019 besuchten die gleichen Schülerinnen und Schüler die Mahn- und Gedenkstätte in Ravensbrück. Dort wurde anhand von Biographien auch der Frage nachgegangen, welche Verbindung(en) zwischen den beiden Gedenkstätten bestehen. Die Besuche von Gruppen können im Rahmen der

vorhandenen personellen Ressourcen in beiden LpB-Gedenkstätten intensiviert werden, dazu müsste in den anderen Mitgliedsregionen entsprechend auf die Angebote hingewiesen werden. Die Erarbeitung einer Handreichung / Liste von für schulische Zwecke geeigneten Angeboten in der Großregion wäre dafür hilfreich.

- d) Erkenntnisse aktueller Forschung in die Entwicklung der Bildungsangebote einzubeziehen

Der pädagogische Dienst der Gedenkstätten Osthofen und Hinzert entwickelt fortlaufend neue Angebote, die aktuelle Forschungsergebnisse aufgreifen und einbeziehen. So wurde z. B. im März 2021 eine digitale Führung zum Thema „Jüdische Häftlinge im KZ Osthofen“ produziert unter Einbeziehung neuester Forschungsergebnisse des NS-Dokumentationszentrums Rheinland-Pfalz, das im Rahmen des Themenschwerpunktes „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ der Landeszentrale für politische Bildung RLP, zu ehemaligen jüdischen Häftlingen des KZ Osthofen forscht und deren Biographien auf der Homepage zugänglich macht.

In Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt werden zurzeit für den Kartenraum in der Dauerausstellung der Gedenkstätte KZ Osthofen dynamische Karten zu Konzentrationslagern und Außenlagern, Vernichtungslagern, Ghettos und Orten von Krankmorden erarbeitet, die in zeitlicher Abfolge in einer großflächigen Projektion gezeigt werden sollen. Zusätzlich zur Dauerausstellung in Osthofen sollen die neuen Karten dann auch online abrufbar sein. Nach Abschluss dieses Projektes wird der pädagogische Dienst auch dazu neue Angebote entwickeln.

Aktuell ist die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit Dr. Walter Rummel vom Landesarchiv Speyer damit befasst, für den geplanten Lernort im ehemaligen Gestapo-Keller in Neustadt an der Weinstraße (Konrad-Adenauer-Straße 10) ein Konzept zu erarbeiten. Hierbei sollen besonders die Gestapo-Akten für die pädagogische Arbeit genutzt werden, welche im Landesarchiv in Speyer lagern und aktuell von der Universität Trier im Rahmen der Forschungsstelle SEAL für eine digitale Nutzung aufbereitet werden. Hierbei sollen auch aktuelle Forschungserkenntnisse zur Gestapo in Neustadt und in der Pfalz in den Lernort einbezogen werden.

- e) die Vernetzung zwischen den Landeszentralen für politische Bildung und den bildungspolitischen Einrichtungen und Forschungseinrichtungen aller Teilregionen weiter zu vertiefen und hierfür eine entsprechende Struktur zu etablieren, die eine größere Sichtbarkeit und längerfristige Planung ermöglicht

Seit dem 1. Dezember 2017 kommen die großregionalen Bildungseinrichtungen Zentrum für politische Bildung Luxemburg, Institut für Demokratiepädagogik an der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Europazentrum Robert Schuman in Scy-Chazelles, Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz und Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes unter dem Titel „Politische Bildung in der Großregion“ (PBGR) in regelmäßigen Abständen zu ganztägigen Arbeitssitzungen oder Videokonferenzen zusammen. Der Interregionale Parlamentarierrat (IPR) hat während seiner Sitzung am 1. Juni 2018 beschlossen, die Schirmherrschaft über die Arbeitsgruppe PBGR zu übernehmen. Am 28. März 2019 wurde im Europa-Museum in Schengen die Satzung der Arbeitsgruppe „Politische Bildung in der Großregion“ unterzeichnet. Bei diesen grenzüberschreitenden Netzwerktreffen, die auf dem Gebiet der politischen Bildung einzigartig in Europa sind, beraten die o. g. Bildungseinrichtungen u. a. über gemeinsame gesellschaftspolitische Herausforderungen und die Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Vermittlungsformate.

Neben der Organisation einer zweitägigen Veranstaltung in Trier und Luxemburg, einem gemeinsam herausgegebenen Puzzle zur Großregion und einer Publikation „Mit Kohle & Stahl zu Frieden & Freiheit“ gibt es bereits gemeinsame Projekte. Ein aktuelles Projekt der AG ist die Erstellung einer „Netzkarte“ der historisch-politischen Erinnerungsorte der Großregion. In der Großregion befinden sich zahlreiche Erinnerungs- und Gedenkorte, die mit der Geschichte der Demokratie des 19. und 20. Jahrhunderts eng verbunden sind. Sie hängen eng zusammen mit Ereignissen, Personen, Plätzen sowie Gebäuden, die zur gemeinsamen Vergangenheit der Menschen der Großregion zählen, Teil der Erinnerung sind und die Gegenwart nachhaltig prägen. Das von der PBGR vorgeschlagene Projekt soll den Menschen die Erinnerungs- und Gedenkorte von Demokratie und Geschichte näherbringen und so in eine grenzüberschreitende, überregionale Perspektive bringen. Ein Projektantrag wurde am 5. Februar 2021 beim IPR eingereicht, ist aber dort bis dato noch nicht abschließend entschieden.

Innerhalb der in Eigeninitiative entstandenen AG streben die LpB und die vier weiteren Partnereinrichtungen im Rahmen ihrer personellen und finanziellen Möglichkeiten eine intensivere Vernetzung und Zusammenarbeit an.

- f) Gedenkveranstaltungen gemeinsam mit allen Teilregionen der Großregion zu realisieren, wie dies anlässlich der Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 27. Januar 2022 an einem für die Großregion geschichtlich bedeutenden Ort geplant ist

Falls die Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2022 in der Gedenkstätte SS-Sonderlager / KZ Hinzert geplant werden sollte, muss man die Witterungsbedingungen um diese Jahreszeit unbedingt beachten und ggf. entsprechende Vorkehrungen treffen. Infolge der Pandemie könnte die Gedenkstätte im Dokumentations- und Begegnungshaus für eine Zusammenkunft mit allen Teilregionen möglicherweise nicht ausreichend Platz bieten. Daher müsste ggf. eine Verlegung nach Trier, z. B. in das Robert Schuman-Haus, in Betracht gezogen werden.

**6. Grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion trotz Corona sicherstellen  
(Beitrag: MWVLW)**

Vonseiten der rheinland-pfälzischen Ministerien gibt es keine Anmerkungen zu der Resolution.

**7. Die Großregion durch gemeinsames Handeln und grenzüberschreitende Abstimmung entschlossen aus der Corona-Krise führen! (Beitrag: MWVLW)**

Vonseiten der rheinland-pfälzischen Ministerien gibt es keine Anmerkungen zu der Resolution.